

Heute, habe ich den Eindruck, können wir mit dieser Enttäuschung leben. Wir erleben da doch etwas ganz Normales und Notwendiges. Fast ist es so wie in einer Beziehung, in der schließlich auch der Ehealltag erst die Grundlage für eine dauerhafte Gemeinschaft darstellt. Darum, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es hilfreich und notwendig, wenn wir uns von Fachleuten erklären lassen, was da eigentlich mit uns vorgeht, was wir bereits bewältigt haben und welche Wegstrecken wir noch zu gehen haben werden.

Ich wünsche dieser Anhörung einen guten Verlauf, Selbsterkenntnis und Realitätsbewußtsein, Verständnisbereitschaft und vielleicht sogar auch etwas Humor bei dem Unternehmen, die „wechselseitigen Wahrnehmungen und Reaktionen im geteilten Deutschland und ihre Nachwirkungen“ zu erkunden. Dankeschön.

(Beifall)

Ich lasse Sie jetzt einmal, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein klein wenig hinter den Vorhang schauen. Ich bin jetzt in der etwas mißlichen Situation, daß mich ein Kollege hat bitten lassen, ihm jetzt das Wort zu geben, damit er sieben Minuten zusammenhängend reden kann. Ich kann ihm das Wort aber nicht erteilen, weil er noch nicht hier ist. Wundern Sie sich also nicht, wenn unser Kollege, Herr Professor Jacobsen, seine einführenden Worte erst an einer anderen passenden Stelle wird reden können. Er ist auf dem Wege vom Flugzeug hierher eben in einer Stadt, die nicht ganz leer ist, noch nicht angekommen. Wir begrüßen aber den Kollegen Koschyk, der offensichtlich mit einer anderen Maschine gekommen ist. Ich bitte darum zunächst, daß die Vorträge in der angekündigten Reihenfolge gehalten werden. Der Professor Jacobsen wird seine einleitenden Worte dann sicher zu Beginn seiner Moderation sprechen können. Ich möchte aber noch eine technische Ansage machen für die Mitglieder der Enquete-Kommission. Die hier vorne haben keine Probleme mit der Technik, habe ich mir sagen lassen, wir brauchen bloß anfangen zu reden und dann funktioniert das. Sie, wenn Sie fragen oder reden wollen, müssen einmal da vorne auf das Mikrophon, auf die Fläche draufdrücken, dann geht das an. Sie brauchen nicht ein zweites Mal zu drücken, da passiert gar nichts, sondern dadurch, daß der nächste, der dann spricht, auf sein Mikrophon drückt, geht es bei Ihnen dann automatisch aus. Wenn Sie aber verstanden werden wollen, das müssen Sie sich merken, müssen Sie auf das Mikrophon vorne vor Ihnen drücken. Herzlichen Dank. Also, wie gesagt, ich bitte dann um den ersten Vortrag zum Thema „Wahrnehmungsmuster in Ost- und Westdeutschland gestern und heute“. Bitte, Herr Rüdiger Thomas.

Rüdiger Thomas: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Bevor ich Ihnen einige Gedanken vortrage, die man in freier Variation der mir gestellten Aufgabe und im Anschluß an Uwe Johnson „Mutmaßungen über die Gegenwart geteilter Vergangenheiten“ überschreiben könnte, möchte ich eine kurze Vorbemerkung machen:

Wahrnehmungen unterscheiden sich nach Inhalt und Intensität. Wir alle nehmen selektiv wahr. Wenn wir von Wahrnehmungsmustern reden, müssen wir differenzieren: Sowohl im Längsschnitt, im Wandel von Zeitperioden, Wahrnehmungen ändern sich; als auch im Querschnitt, in der verschiedenen Wahrnehmung einer politisch sozialen Konstellation, Wahrnehmungen unterscheiden sich.

Diesen Differenzen zwischen den Wahrnehmungsmustern im zeitlichen Wandel, gestern und heute, wollen wir in fünf Abschnitten nachgehen, skizzenhaft und in der Erwartung, daß sich im Verlauf dieser Anhörung manche Stichworte konkretisieren werden.

1. Die Illusion gemeinsamer Interessen: 1945 bis 1948

Beginnen wir mit der Periode, als Deutschland zwar aufgeteilt, aber noch nicht endgültig geteilt war. Das Ende des Krieges, die „Stunde Nichts“, wie sie Heinrich Böll genannt hat, leitete zunächst eine kurze Phase gesamtdeutscher Erwartungen ein. Die Intellektuellen in Ost und West machten sich auf die Suche nach Orientierung für eine gemeinsame Zukunft. Es entstanden zahllose zonenübergreifende Zeitschriften, eine lebendige literarisch-politische Publizistik, von der ich nur die „Frankfurter Hefte“ sowie „Ost und West“ erwähnen möchte. Sie orientierten sich am antifaschistischen Konsens und propagierten zumeist die Idee eines eigenen neuen Weges, die Synthese von Demokratie und Sozialismus. Schon bald zeigte sich, daß diese Leitbegriffe von den Protagonisten auf beiden Seiten unterschiedlich verstanden wurden: Zuerst auf politischer Ebene im entschiedenen Antikommunismus Kurt Schumachers, wenig später im Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, dann im wachsenden Dissens der deutschen Schriftsteller, später in den PEN-Kontroversen, nachdem ein deutscher PEN 1948 gegründet werden konnte.

Schließlich war Mitte 1948 die staatliche Teilung Deutschlands präformiert. Nach Währungsreform, Berlin-Blockade und der endgültigen politisch-administrativen Spaltung Berlins war der Weg zur Teilung unaufhaltsam geworden. Der „Klassenkampf nach innen“ hatte in der SBZ begonnen, die stalinistische Herrschaftspraxis wurde nach dem Bruch der Sowjetunion mit Jugoslawien im Juni 1948 auch in der DDR verschärft. Wer von dieser Politik betroffen war, wanderte häufig schon in dieser Zeit in den Westen ab.

Der Beginn des Kalten Krieges und die Flüchtlinge aus der SBZ bestimmten am Ende der vierziger Jahre das vorherrschende Wahrnehmungsmuster eines essentiellen Antikommunismus im Westen. Die Illusion gemeinsamer Interessen hatte sich in kurzer Zeit aufgelöst. Im Osten Deutschlands zeichnete sich eine Spaltung der Gesellschaft ab: Ein Teil der jungen Generation ließ sich von der Aufbruchstimmung revolutionärer Romantik faszinieren; wer von der Politik der SED durch sozialen Aufstieg profitierte, ließ sich oft durch die Parole beeindrucken, das bessere Deutschland aufzubauen.

2. Staatliche Teilung und Spaltung der Gesellschaften: 1949 bis 1960

Die westdeutsche Wahrnehmung der deutschen Teilung wurde nach der doppelten Staatsgründung durch den doppelten Antagonismus Demokratie oder Totalitarismus, Freiheit oder Diktatur bestimmt. Dies galt übrigens auch für die Anfänge der westlichen DDR-Forschung. Die Studie von Ernst Richert „Macht ohne Mandat“ (1958 erschienen) signalisierte die Grundeinstellung vieler Teile der westdeutschen Bevölkerung gegenüber dem Ulbricht-Regime ebenso wie der Titel eines Buches von Max Gustav Lange „Totalitäre Erziehung“, 1954 veröffentlicht. Die Wahrnehmung der DDR in der westdeutschen Bevölkerung wurde vornehmlich durch zwei politische Grunderfahrungen bestimmt: den Aufstand vom 17. Juni 1953 und die anhaltende Fluchtwelle, die häufig als „Abstimmung mit den Füßen“ empfunden wurde. Bis zum Mauerbau haben etwa 2,7 Millionen Menschen die DDR verlassen, ein Siebtel der Bevölkerung, allein 1953 waren es fast 400.000, ein Höchststand, der sich in den folgenden Jahren bis 1960 dann halbierte, bevor er 1961 wieder deutlich anstieg.

Beide Vorgänge, der Volksaufstand und die Massenflucht, zeigten deutlich an, daß sich weite Teile der Gesellschaft in der DDR von der SED distanzierten. Aus dieser Wahrnehmung resultierte im Westen eine doppelte Reaktion. Einerseits wurde die politische Ohnmacht bewußt, die Verhältnisse in der DDR im Sinne einer Demokratisierung und einer Wiederannäherung wirksam beeinflussen zu können. Andererseits beschwor man eine Solidarität mit den „Brüdern und Schwestern“ im anderen Teil Deutschlands, von denen man nicht genau wußte, wie sich ihre Einstellungen und Wertorientierungen unter den Bedingungen der SED-Diktatur und der damit verbundenen ideologischen Propaganda verändert hatten. Das Bild der Westdeutschen von der Gesellschaft der DDR wurde zunehmend diffus, es wurde von der großen Politik geprägt, die sich in der Block-Konfrontation des Kalten Krieges manifestierte, und von den Übersiedlern beeinflußt, die sozusagen als frühe Zeitzeugen ihre Konflikterfahrungen mit dem Ulbricht-Regime in den westdeutschen Wahrnehmungshorizont einbrachten.

In den fünfziger Jahren setzte eine Entwicklung ein, die durch eine Asymmetrie der wechselseitigen Wahrnehmung beider deutscher Teilgesellschaften charakterisiert ist. Während sich für viele Westdeutsche die DDR zunehmend als unbekanntes Land darstellte, wurde der Westen Deutschlands für die Bevölkerung der DDR im wachsenden Maß zur „Beziehungsgesellschaft“, wie es Rainer Lepsius formuliert hat. In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß sich auch die SED dieser West-Fixierung trotz aufwendiger ideologischer Feindpropaganda nicht entziehen konnte. Auf dem V. Parteitag im Juli 1958 verkündete Walter Ulbricht nicht nur die „Zehn Gebote der sozialistischen Moral“ als neues gesellschaftliches Leitbild, er zollte vielmehr gleichzeitig dem westdeutschen „Wirtschaftswunder“ Tribut, indem er für die DDR das Ziel formulierte, „daß der Pro-Kopf-Verbrauch an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern höher liegt als der Pro-Kopf-Verbrauch der

Gesamtbevölkerung in Westdeutschland“. Das sollte nicht die einzige Illusion der SED-Führung bleiben.

Das Bild wäre unvollständig, wenn wir nicht erwähnen würden, daß es in den fünfziger Jahren auf beiden Seiten politische Gruppierungen gab, die sich einerseits gegen die Blockeinbindung wendeten – hier wäre die Gesamtdeutsche Volkspartei Gustav Heinemanns, die von 1952 bis 1957 bestand, zu nennen – und andererseits den forcierten „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR kritisierten, ich erinnere an die Harich-„Plattform“ 1956, weil sie beide Vorgänge als gravierende Hindernisse für eine Wiedervereinigung betrachteten. Sie verkannten dabei die internationalen Dimensionen des innerdeutschen Konflikts ebenso wie die Sekuritätsbedürfnisse einer großen Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung und die Machtsicherungsinteressen der SED-Führung.

3. Die blockierte Beziehungsgesellschaft: 1961 bis 1969

Durch den Mauerbau hatte sich die politische Konstellation in Deutschland grundlegend verändert. Die rigorose Abriegelung stoppte die Massenflucht und blockierte die Kontakte zwischen den Menschen in beiden Teilen Berlins, nachhaltig wurden auch die Begegnungsmöglichkeiten zwischen Ost und West eingeschränkt. Die beiden Leipziger Messetermine – jeweils im März und September – ermöglichten zumindest den Westdeutschen, einen nicht unbedingt repräsentativen Ausschnitt der DDR selbst in Augenschein zu nehmen und mit Ostdeutschen ins Gespräch zu kommen.

Unter diesen Bedingungen erhielten die Medien für die ostdeutsche Bevölkerung eine zentrale Bedeutung als Informationsquelle über die Entwicklung in Westdeutschland. Dabei stand natürlich der Hörfunk im Vordergrund, doch konnte sich in den sechziger Jahren auch in der DDR das Fernsehen zunehmend etablieren. Während 1960 erst 17 von 100 Haushalten ein Fernsehgerät besaßen, waren es zehn Jahre später bereits mehr als zwei Drittel aller Haushalte. Der intensive Einfluß der westdeutschen AV-Medien auf die DDR-Bevölkerung erstreckte sich ebenso auf politische Informationen wie auf Unterhaltungssendungen, er hat vor allem die Jugendkultur in der DDR zunehmend geprägt.

Wie hatten die Menschen, die in der eingemauerten DDR lebten, auf diese neue Situation reagiert? Es waren vor allem Journalisten, die sich Mitte der sechziger Jahre mit dieser Frage in Reportage-Bänden beschäftigten. Drei „Zeit-Redakteure“, allen voran Gräfin Dönhoff, unternahmen 1964, so der Buchtitel, eine „Reise in ein fernes Land“. Ihr „Bericht über Kultur, Wissenschaft und Politik in der DDR“ suchte nach Anzeichen für Gemeinsamkeiten, Impulse für eine Wiederbegegnung der Deutschen, neue Bewegung in einer Phase politischer Erstarrung. Fast gleichzeitig erschien das Buch eines aus Prag stammenden Schriftstellers, der als Journalist in New York heimisch geworden war. Die Reportagen von Joseph Wechsberg „Kreuz und quer durch die Zone“, so der Untertitel, beschreiben ein „Land mit zwei Gesichtern“.

Wenn man diese Texte heute noch einmal liest, gewinnt man den Eindruck, daß der fremde Blick genauer war als der eigene.

Interessant sind vor allem zwei Beobachtungen Wechsbergs, die ich hier zitieren möchte, da sie etwas ausdrücken, was lange Zeit auch das Wahrnehmungsmuster vieler Westdeutscher geprägt haben dürfte. Ein Gesprächspartner äußert: „Wir alle tragen zwei Gesichter. Eins für den äußeren Gebrauch, wenn andere Menschen uns sehen, und ein zweites, wenn wir mit uns allein sind... Schizophrenie ist die nationale Krankheit dieses Landes.“ Ein anderer Gesprächspartner bemerkt zur Frage nach der Wiedervereinigung: „Sie kennen doch das Gedicht von den beiden Königskindern. 'Sie konnten zusammen nicht kommen, das Wasser war viel zu tief.'“ Wechsberg kommentiert: „Die Wiedervereinigung ist der Herzenswunsch und die Herzensangst aller Menschen in Ostdeutschland.“

In den sechziger Jahren wurde die Literatur aus der DDR von vielen Westdeutschen als eine wichtige Möglichkeit entdeckt, Auskünfte über ein fremd gewordenes Land zu erhalten. Christa Wolfs Erzählung „Der geteilte Himmel“ (1963) hat einen breiten Leserkreis in Ost und West gefunden. Erst jetzt entwickelt sich im Westen ein wachsendes Interesse an Literatur aus der DDR. Aus höchst unterschiedlichen Perspektiven und mit verschiedenem weltanschaulichen Hintergrund werden Nachrichten aus dem anderen Deutschland empfangen, die nicht nur als Literatur gelesen werden, sondern auch als verschlüsselte politische Botschaften aus einer geschlossenen Gesellschaft. Zugespielt könnte man sagen: Was für die Menschen in der DDR die westdeutschen Medien darstellten, war für die Westdeutschen die Literatur aus der DDR. Dadurch wurde die Wahrnehmung der DDR-Gesellschaft deutlicher von der Wahrnehmung des SED-Staates im westlichen Deutschland unterschieden. Während die Menschen in der DDR auf wachsende Neugier stießen, reagierte die westdeutsche Öffentlichkeit auf den anderen deutschen Staat weiterhin mit Argwohn und Ablehnung. Die DDR war, wie es Ernst Richert 1964 formulierte, „ein Staat, der nicht sein darf“, doch zeigte sich immer deutlicher, daß man ihn nicht mehr ignorieren konnte.

Die große Koalition unternahm im Mai 1967 erste deutschlandpolitische Sondierungen mit dem Stoph-Kiesinger-Briefwechsel. Eine Veränderung der Politik bahnte sich an, und ihr ging eine allmähliche Veränderung politischer Wahrnehmungsmuster voraus, wie einige Buchtitel signalisieren:

Eberhard Schulz befindet 1967: „An Ulbricht führt kein Weg mehr vorbei“. Und Hanns-Werner Schwarze konstatiert 1969: „Die DDR ist keine Zone mehr“. Beides sind Buchtitel. Am 9. Januar 1970 schreibt Horst Krüger in der „Zeit“, die DDR sei da, „als wenn sie nicht da wäre. Sie wird theoretisch und abstrakt akzeptiert, aber praktisch ausgeklammert aus dem deutschen Bewußtsein.“ Das sollte sich rasch ändern.

4. Nation ist, wenn man sich trifft: 1970 bis 1989

Nachdem die Regierung der sozialliberalen Koalition im Dezember 1969 die staatliche Existenz der DDR anerkannt hatte, war der Weg zur deutsch-deutschen Kommunikation auf dem Verhandlungsweg gebahnt. Der Empfang für Willy Brandt am 19. März 1970 in Erfurt löste Emotionen und Fragen aus: Was bewegte die Menschen, die dem Bundeskanzler enthusiastisch ihre Sympathie bezeugten? War es nur die Erleichterung, daß ein Zustand lähmender Erstarrung überwunden war, oder zeigte sich hier eine Sehnsucht nach Wiedervereinigung, die ratlose Betroffenheit hervorrufen mußte, weil ein solches Ziel eineinhalb Jahre nach der sowjetischen Invention in Prag unerfüllbar schien? Auf die Frage, ob die Deutschen trotz der anhaltenden staatlichen Teilung eine Nation geblieben waren, fand Willy Brandt eine lapidare Antwort: „Nation ist, wenn man sich trifft“, und zumindest dieses Ziel konnte die Politik mit dem Grundlagenvertrag erreichen.

Seit 4. Juni 1972 konnten die West-Berliner nach langer Trennung mit wenigen kurzfristigen Ausnahmen wieder regelmäßig in den Ostteil der Stadt einreisen, vom Juni bis Dezember 1972 waren es 2,1 Millionen Besucher, 1973 fast 4 Millionen. Der westdeutsche Reiseverkehr in die DDR und nach Ostberlin hat sich zwischen 1969 von 1,1 Millionen auf 1975 3,1 Millionen fast verdreifacht. Insgesamt haben in den siebziger Jahren durchschnittlich 6 Millionen Bundesbürger die DDR besucht. Und beinahe ebenso wichtig wie diese persönlichen Begegnungen war die Akkreditierung westdeutscher Journalisten in der DDR, die Anfang März 1973 erfolgte.

Man muß an diese neuen politischen Rahmenbedingungen erinnern, wenn man die Veränderung von Wahrnehmungsmustern in den siebziger Jahren verstehen will. Im Westen wurde eine intensive Neugierde auf den deutschen Nachbarn geweckt, ein Hunger nach Informationen wurde erkennbar, der in erster Linie von den Medien und durch zahlreiche Publikationen befriedigt wurde, aber auch durch die „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation“, die von der Bundesregierung von 1971 bis 1974 in drei Ausgaben vorgelegt wurden und unter der wissenschaftlichen Leitung von Peter Christian Ludz entstanden waren. In gewisser Hinsicht kann man sagen, daß die Materialien an die Stelle der fünf „Tätigkeitsberichte“ des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen getreten waren, der am 24. März 1952 gegründet worden war, seit Ende der sechziger Jahre funktionslos blieb und 1975 von der Bundesregierung formell aufgelöst wurde. An dem damit verbundenen Paradigmenwechsel war entscheidend, daß in den Materialien die Perspektive des Systemvergleichs die Frage nach den politischen und ökonomischen Bedingungen der Wiedervereinigung abgelöst hatte.

Es scheint notwendig, die Gründe für diesen Wandel in der Wahrnehmung näher zu betrachten. Seit Ende der sechziger Jahre begann sich im Westen eine Art gesamtdeutscher Voluntarismus auszuprägen, der nicht mehr auf die staatliche Wiedervereinigung zielte – die seinerzeit den allermeisten Deutschen als

irreales Szenario erschienen ist –, sondern auf eine möglichst weitreichende Annäherung. Dieser Voluntarismus hatte zwei Wurzeln: Er war motiviert durch die Reformeuphorie der frühen siebziger Jahre, die ja nach der Ablösung Ulbrichts auch in der DDR zunächst eine gewisse Parallele gefunden zu haben schien, mindestens ebenso aber durch ein Sachzwangdenken, das aus der Konvergenztheorie abgeleitet war. Der niederländische Nationalökonom Jan Tinbergen hatte 1963 die These entwickelt, daß die industriegesellschaftlichen Modernisierungszwänge eine ökonomische Rationalität erforderten, die schließlich auch eine Annäherung der politischen Systeme implizieren würde. Dieser Ansatz wurde damals übrigens auch von den renommierten amerikanischen Politikwissenschaftlern Brzezinski und Huntington übernommen. Bei vielen westlichen DDR-Forschern und Publizisten war es – entgegen heute oft verbreiteten Behauptungen – nicht das Konzept eines marxistischen Reformsozialismus, wie es in der DDR beispielhaft von Robert Havemann und später Rudolf Bahro verkörpert wurde, sondern vor allem diese Perspektive eines technokratischen Sozialismus, die dazu führte, daß die DDR nicht politisch-strukturell als totalitäres System, sondern in einer sozioökonomischen Entwicklungsperspektive als sozialistische Industriegesellschaft perzipiert wurde. Die viel beachtete Studie von Ludz „Parteielite im Wandel“ von 1968 orientiert sich ganz vorrangig am Aspekt einer solchen technokratischen Rationalität, der in der DDR durch das Deutungsmuster der wissenschaftlich-technischen Revolution eine gewisse Resonanz zu finden schien.

Wenn ich es richtig sehe, spielte der reformsozialistische Ansatz als Entwicklungsperspektive im Osten eine wesentlich größere Rolle als im Westen und blieb hier vor allem deutlich länger virulent, weil die Reformeuphorie in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Rücktritt Brandts zunehmend pragmatischer Ernüchterung weichen sollte. Demgegenüber läßt sich nicht übersehen, daß der Schwerpunkt gesellschaftskritischen Denkens in der DDR um einen „verbesserlichen Sozialismus“ (Heino Falcke) zentriert war, wie sich besonders deutlich im Umfeld der evangelischen Kirche zeigt.

Ein anderes Wahrnehmungsmuster erhält in den siebziger Jahren neue Bedeutung: die Einheit der Nation. Im westlichen Deutschland hatte in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre die Bindekraft dieser Orientierungskategorie zumindest im intellektuellen Milieu erkennbar abgenommen. Ich will es an einem Beispiel illustrieren. Fritz Raddatz leitete 1972 seine Studie über „Traditionen und Tendenzen“ der DDR-Literatur mit dem lapidaren Satz ein: „Es gibt zwei deutsche Literaturen.“ Und es gab viele, darunter Günter Grass und Hans Mayer, die damals diesem Urteil zustimmten. Ende der siebziger Jahre hatte sich die Wahrnehmung grundlegend geändert. Raddatz stellte 1978 fest, „daß es heute eine unglaubliche Parallelität und Gleichheit dieser beiden deutschen Literaturen gibt“, etwa zur gleichen Zeit betrachtete sie Günter Grass als „Dach der Nation“, als letzten Rest für „etwas Gesamtdeutsches“, während Hans Mayer „eine Konvergenzbewegung der deutschen Literatur heute“ konstatierte. Die These von einer einheitlichen deutschen Kulturnation, die zunächst eher als Geltungsanspruch der bundesdeutschen Politik in Erscheinung

getreten war, hat am Ende der siebziger Jahre auch weite Teile des deutschen Kulturmilieus erfaßt.

Die „Einheit der Nation“ ist nach meinem Eindruck in der DDR viel weniger angefochten gewesen, sie galt als selbstverständliche Voraussetzung für eine politisch-gesellschaftliche Situation, in der die Bundesrepublik in allen Entwicklungsetappen der DDR-Geschichte Beziehungsgesellschaft geblieben ist. Die Aufbruchstimmung, die in der ersten Hälfte der siebziger Jahre entstanden war, fand mit der Zwangsausbürgerung Wolf Biermanns am 16. November 1976 und ihren Folgewirkungen ein jähes Ende. Nun hatte es sich endgültig gezeigt, daß das von der SED beschworene Bündnis von Geist und Macht eine Illusion war. Günter Kunert empfand die DDR 1977 als ein Land, in dem es „auf keine Art irgendeine Hoffnung“ mehr gab – ein Diktum, das die Emphase von Bechers Tagebuch von 1950 „Auf andere Art so große Hoffnung“ in tiefer Skepsis umkehrte. Zahlreiche bedeutende Schriftsteller und andere prominente Künstler sahen sich, so hat es Hans Joachim Schädlich formuliert, „gezwungen, die DDR freiwillig zu verlassen“.

Die Desillusionierung, die mit diesen Vorgängen und anderen rigorosen Maßnahmen der DDR-Führung beispielsweise gegen Robert Havemann (1976) und Rudolf Bahro (1977) verbunden war, leitete die „Finalitätskrise“ (Sigrid Meuschel) der SED-Diktatur ein; und sie betraf nicht nur Intellektuelle. Seit Mitte der siebziger Jahre zeigen Studien des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig, daß die SED in der jungen Generation zunehmend an Glaubwürdigkeit verloren hatte. Eine (unveröffentlichte) Studie zum Geschichtsbewußtsein der ostdeutschen Jugend aus dem Jahr 1988 signalisierte schließlich, daß ihr Interesse für die Bundesrepublik doppelt so stark ausgeprägt war wie für die DDR.

Die Erosion der Parteiherrschaft war in der DDR bereits am Beginn der achtziger Jahre stärker vorangeschritten, als dies im öffentlichen Bewußtsein in der Bundesrepublik allgemein wahrgenommen wurde. Man spürte zwar, daß das Klima im deutsch-deutschen Verhältnis kälter geworden war, aber die von der SED propagierten Erfolge sozialistischer Wohlfahrtspolitik erweckten den Anschein relativer Stabilität in einer mit allen Machtmitteln disziplinierten Gesellschaft. Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß die sozialwissenschaftliche DDR-Forschung seit Anfang der achtziger Jahre diese zunehmende Distanzierung der Gesellschaft vom politischen System der DDR durchaus konstatiert hat.

Betrachtet man das DDR-Bild der bundesdeutschen DDR-Forschung, ist zunächst zu betonen, daß sie ein breites Spektrum von Einschätzungen, Methoden und Erklärungsansätzen zeigte, so daß Hermann Rudolph 1976 etwas mokant bemerken konnte, „daß die Linke nicht weiß, was die Rechte tut“. Auch wenn man ihre Qualität nicht pauschal abwerten darf, muß man, und das ist schwerwiegend genug, eine politisch motivierte Verkürzung des Wahrnehmungshorizonts konstatieren, der wichtige Komponenten der DDR-Realität ausblendete oder vernachlässigte. Das gilt für die Darstellung der Repressions-

apparate, mit Ausnahme von Karl Wilhelm Fricke, aber auch für die oppositionellen Bewegungen, die in der DDR seit Anfang der achtziger Jahre verstärkt in Erscheinung getreten sind. Es waren vor allem junge Außenseiter wie Peter Wensierski und Hubertus Knabe, die den Entwicklungsprozess der DDR-Opposition kontinuierlich dokumentiert und kommentiert haben.

Nachdem sich die Perestrojka-Politik Gorbatschows in der Sowjetunion deutlicher konturiert hatte, verstärkte sich das Interesse an einem neuen gesamtdeutschen Dialog jenseits offizieller Kontakte. Dafür ist die Zeitschrift „Niemandland“, initiiert von Wolfgang Dreßen und Eckhart Gillen, in Berlin erschienen, ein signifikantes Beispiel, die erstmals Anfang 1987 ausgeliefert wurde und Autoren aus Ost und West ein gemeinsames Forum bot. Dort findet sich beispielsweise vor genau zehn Jahren ein Interview, das Christoph Tannert mit Rainer Eppelmann geführt hat. Es vermittelt ein eindringliches Bild von Situation und Selbstverständnis der DDR-Opposition. Solche Bemühungen um eine genaue Wahrnehmung aktueller Veränderungen im Selbstverständnis der ostdeutschen Gesellschaft waren allerdings Ausnahmen. So traf das Ende der SED-Diktatur die Menschen im Westen unerwartet und unvorbereitet.

5. Wächst jetzt zusammen, was zusammengehört?

Die Menschen in der DDR haben in gewaltloser Aktion die SED-Diktatur überwunden und in freier Selbstbestimmung die deutsche Einheit herbeigeführt. Die Euphorie der Wiederbegegnung, die sich am 9. November 1989 auf den Straßen Berlins gezeigt hatte, und der Respekt vor den Menschen, die eine friedliche Revolution in Gang gesetzt hatten, blieb eine kurze Episode, der schon bald die Ernüchterung folgte.

Diese Entwicklung hatte viele Ursachen. Die neue Freiheit im Osten war mit den Verlust altgewohnter Sicherheiten verbunden. Die Anforderungen an die neuen Bundesbürger, sich in einem tiefgreifenden Transformationsprozess zu behaupten, der nahezu alle Lebensbereiche umfaßte, waren erheblich. Die Last der Vergangenheit, an der die Menschen, die in der DDR gelebt hatten, in höchst verschiedener Weise Anteil hatten – in Form von Mitwirkung, Anpassung, Resistenz, Verweigerung, Opposition oder Widerstand –, teilte auch die Nachwendegesellschaft in Ostdeutschland. Es zeigte sich rasch, daß es vielen Westdeutschen schwerfiel, die Belastungen zu erkennen, die von den ehemaligen DDR-Bürgern bewältigt werden mußten. Sie sahen häufig über die Menschen hinweg nur noch die Struktur-, Organisations- und Finanzierungsprobleme des Transformationsprozesses, so daß sich schließlich wechselseitiges Unverständnis über die Unfähigkeit der anderen Deutschen ausprägte, die Gestaltung der deutschen Einheit gemeinsam zu realisieren. Symptomatisch für diese Irritation ist die befremdlich-provozierende Formel von der „Mauer in den Köpfen“ und die oft geäußerte pauschale Behauptung, in den neuen Ländern breite sich „Ostalgie“ aus. Im Rückblick auf fast sieben Jahre gemeinsa-

me Geschichte müssen wir bedenken, ob die wechselseitigen Fehlwahrnehmungen, die wir heute im vereinten Deutschland registrieren, in erster Linie aus aktuellen Interessenkonflikten resultieren oder aus mangelhafter Verarbeitung historischer Erfahrungen, die wir im geteilten Deutschland gemacht haben.

In der Einsetzungsdebatte des Deutschen Bundestages zur ersten Enquete-Kommission am 12. März 1992 haben Markus Meckel und Gerd Poppe eine Einsicht formuliert, an die wir uns erinnern sollten. Die Gesellschaftsgeschichte der DDR läßt sich nur verstehen, so Markus Meckel, wenn wir unterscheiden lernen „zwischen dem, was man heute weiß, und dem Horizont, aus dem man damals handelte“, wenn sie, wie Gerd Poppe hinzufügte, „aus der Sicht der Betroffenen nachvollziehbar wird“. Ich melde grundsätzliche Zweifel an, ob es vor diesem Hintergrund angemessen ist, die „ethisch-politische Grundfrage nach den prägenden Dispositionen und Überlieferungen einer Lebensform fehlgeschlagener Normalität“, wie es Jürgen Habermas postuliert hat, in das Zentrum einer um historisches Verstehen bemühten Wahrnehmung der ostdeutschen Gesellschaft zu rücken.

Ich komme zum Schluß. Die Gestaltung der deutschen Einheit ist nicht nur ein politisches und organisatorisches Problem, sie ist ein Mentalitätsproblem. Ein Problem wechselseitiger Wahrnehmungen und Fehlwahrnehmungen. Karl Kraus, der sarkastische Wiener Spötter, sollte nicht recht bekommen. Seine lakonische Bemerkung: „Nach Ägypten wär's nicht so weit. Aber bis man zum Südbahnhof kommt...“, ließe sich abwandeln: „Nach Amerika wär's nicht so weit, aber bis man nach Berlin-Mitte kommt.“ Zumindest die Enquete-Kommission hat heute dieses Ziel erreicht. Ich danke Ihnen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Und nicht zum ersten Mal, Herr Rüdiger Thomas. Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Bevor ich an Professor Jacobsen, Sie haben es bemerkt, inzwischen hat er eintreffen können, die Moderation für diese Runde weiter übergebe, noch eine technische Ansage, die ich öffentlich machen möchte. Erst einmal, weil es die Information an die Obleute verkürzt, und zum zweiten, weil Sie als Zuhörende auch mitbekommen, daß die Beschäftigung dieser Enquete-Kommission nicht nur eine intellektuelle ist, sondern daß sie auch ganz praktische Auswirkungen haben kann und soll. Die Obleuterunde bitte ich, um 12.15 Uhr schon hier aus dem laufenden Geschäft rauszugehen, die Sitzung wird weitergehen. Der Kollege Hiller wird dann die Leitung übernehmen, weil wir um 12.30 Uhr beim Regierenden Bürgermeister erwartet werden, um zum Stichwort „Stiftung“ mit ihm reden zu können. Bitte Herr Professor Jacobsen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Meine Damen und Herren, ich werde mir erlauben, nach dem zweiten Vortrag, der heute Vormittag angesetzt worden ist, einige generelle Bemerkungen zur Thematik des heutigen Tages zu machen. Mir scheint das deshalb sinnvoll zu sein, weil es ja gerade im Hinblick auf Wahrnehmungen und Fehleinschätzungen auch in der wissenschaftlichen Literatur sehr unterschiedliche Positionen gegeben hat.

Manchmal wird man doch gehalten sein, hier korrigierend einzugreifen, aber das möchte ich dann tun, wenn wir zu einer Aussprache überleiten. Liebe Frau Köhler, ich darf Sie gleich bitten, daß Sie Ihr Referat halten; ich wäre dankbar, wenn Sie sich auch an den Zeitrahmen hielten. Also ich gehe davon aus, daß Sie bis 11.30 Uhr sprechen. Bitteschön.

Dr. Anne Köhler: Ja, Herr Vorsitzender, ich hoffe, man kann bis hinten die Folien erkennen, sonst müßten wir noch ein bißchen weiter zuschließen, damit es etwas dunkler wird. Ich schließe jetzt auch unmittelbar an meine Vorredner an und konzentriere mich auf Wunsch des Veranstalters vor allem auf die DDR-Vergangenheit, also auf die Wahrnehmungsmuster der Deutschen in der DDR. Ergänzend dazu behandle ich dann einige Einstellungsmuster der Bundesdeutschen gegenüber der DDR und schließe dann mit Daten im Rückblick bzw. in der Vorausschau auf die Zukunft mit Status 1993. Sie werden dann heute Nachmittag in der 3. Veranstaltung aktuelle Daten vorgetragen bekommen zur gegenseitigen Sicht der Deutschen Ost und West, Weiterwachsen von Stereotypen und wie damit umzugehen ist. Mit meinen heutigen Ausführungen schließe ich unmittelbar an den von mir erstellten Enquete-Bericht „Nationalbewußtsein und Identitätsgefühl der Bürger der DDR unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Frage“, den ich schon 1994 vorgelegt habe, an.

Zunächst zum Thema DDR. Infratest hat schon vor dem Mauerbau bis 1961 Befragungen durchgeführt, also Flüchtlingsbefragungen, die dem Thema DDR gewidmet waren. Das wurde dann mit dem Bau der Mauer zwangsläufig eingestellt. 1968 begann dann Infratest mit einem kontinuierlichen DDR-Forschungsprogramm, das von 1968 bis 1990, das heißt bis zur Einstellung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, lief und dann mit der Auflösung des Ministeriums eingestellt wurde. Dieses Programm lief da in halbjährlichen bzw. jährlichen Erhebungsintervallen. Die Materialien und die Erkenntnisse, die aus diesem Forschungsprogramm gewonnen wurden, waren aber Verschlusssache, sie waren einem ganz kleinen Kreis zugänglich, primär dem Bundeskanzleramt, partiell dem Berliner Senat. Ansonsten war das ein Material, das nicht an die Öffentlichkeit gelangte und eigentlich mehr dazu dienen sollte, daß man die bundesdeutsche Politik auch im Hinblick auf die Resonanz in der DDR-Bevölkerung konzipieren konnte. Wir hatten also in diesem Programm stets kontinuierliche Basisfragen zum politischen Interesse, zur Beurteilung der Lebensverhältnisse, zu Statistikfragen usw. Dann haben wir aktuelle Themen der bundesdeutschen bzw. der innerdeutschen Politik behandelt und in einem dritten Komplex Schwerpunktthemen wie z. B. Jugend in der DDR, Frauen in der DDR oder Freizeit und Beruf.

Die Methoden dieser Infratest-DDR-Forschung habe ich bereits ausführlich in dem erwähnten Enquete-Bericht dargelegt. Ich bin aber gebeten worden, hier noch einmal kurz einige Hinweise zu geben, weil der wahrscheinlich nicht allen gegenwärtig ist. Es handelte sich bei diesem Programm zunächst um standardisierte Besucherbefragung. Wir haben also keine DDR-Bürger direkt befragt, denn Sie wissen ja, in die Bundesrepublik kamen nur Rentner oder aus-

gesuchte Personen, die aber keinen repräsentativen Überblick erlaubten, und so haben wir uns ein Stellvertreter-Forschungsmodell überlegen müssen, das wir dann im Laufe der Jahre weiterentwickelt haben. In dieses Modell haben wir dann eine Form der kombinierten teilnehmenden Beobachtungen eingebaut, die indirekte Befragung. Es wurden DDR-Besucher befragt, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums, in den letzten zwei Monaten, damit die Erinnerung noch recht frisch war, in der DDR gewesen waren und die sich dort mindestens drei Tage aufgehalten hatten. Die soziostatistische Struktur der befragten westdeutschen Besucher wurde anhand von repräsentativen bundesdeutschen Kontrollerhebungen zur Struktur der DDR-Besucher überprüft, und die Befragungen erfolgten mündlich, wobei wir da in zwei Ebenen vorgegangen sind. Die erste Ebene umfaßte Auskünfte der DDR-Besucher zur eigenen Einstellung und zu Eindrücken, die sie in der DDR gesammelt hatten, sowie zu aktuellen politischen Fragen. Mit diesem ersten Teil wollte man auch Projektionen der Befragten ausschließen bei dem zweiten Teil der Auskünfte, die man dann über eine Person in der DDR einholte, die wir als Person X bezeichneten und über die der DDR-Besucher zu Einstellungen, Meinungen, Verhaltensweisen usw. Auskunft gab. Aufgrund der zusätzlichen statistischen Daten dieser Person X konnten wir dann über die amtliche Statistik eine Gewichtung vornehmen und zu repräsentativen Wertungen gelangen. Im Schnitt wurden 1.200 Interviews im Jahr durchgeführt, in dem gesamten Erhebungszeitraum ca. 27.000 Interviews, also es ist eine sehr breite Basis. Und ergänzt wurden diese Erhebungen durch Dokumentationen, also durch Sekundärauswertungen vorliegender Datenmaterialien, ferner durch Gespräche mit DDR-Experten sowie durch Besuche der DDR seitens der Projektverantwortlichen. Wir sind also auch selber in die DDR gefahren, zu unserer Verwunderung hat man uns auch immer wieder rausgelassen. In Gruppendiskussionen wurde mit Besuchern der DDR im Vorfeld regelmäßig abgeklärt, welche Themen zur Zeit jeweils aktuellen Gesprächsstoff bei DDR-Besuchen bildeten, und dann wurden diese ganzen Materialien zu Analysen verknüpft und durch Kontrolluntersuchungen noch einmal auf Relevanz überprüft. Sofort nach der Wende haben wir damit begonnen, eigenständige repräsentative Direktbefragungen vorzunehmen und konnten – auch unter Zuhilfenahme von Sekundärauswertungen – feststellen, daß wir mit diesen Materialien tatsächlich ein verallgemeinerungsfähiges und inhaltlich verbindliches Material gewonnen hatten. Das war über 22 Jahre hinweg eine doch recht informative Informationsquelle für die Regierungen, die ja in dem Zeitraum zwischen 1968 und 1989 wechselten. Wenn Sie Genaueres über die Methode wissen wollen, die eben sehr komplex ist, können Sie dieses ausführlich nachlesen in dem Enquete-Bericht.

Ich möchte dann auch schon gleich zu empirischen Daten aus diesem Material übergehen und Ihnen zunächst einmal einen Basiswert vorstellen, den wir zusammengefaßt haben für die ersten 11 Jahre 1968 bis 1978 und dann wiederum für eine Dekade von 11 Jahren von 1979 bis 1989: das ist die Beurteilung der allgemeinen Lebensbedingungen in der DDR durch die DDR-Bewohner. Sie sehen, daß schon in den siebziger Jahren, als aus Sicht der westdeutschen Po-

litik und auch der westdeutschen Medien die Gesamtsituation in der DDR noch vergleichsweise positiv betrachtet wurde, nur ein gutes Viertel der DDR-Bewohner diese Lebensbedingungen mit sehr gut oder gut bewertete, ein Großteil, also über die Hälfte, 57 %, mit mittelmäßig und 15 % mit schlecht. Vergleichsmaßstab, wir haben das schon in den anderen Ausführungen gehört, war für die Ostdeutschen stets die Bundesrepublik, von daher relativierte sich ihre eigene Situation. In den achtziger Jahren haben wir einen deutlichen Rückgang in der Akzeptanz der Lebensbedingungen. Wir haben da einen Wert von 29 %, die mit schlecht urteilen, insgesamt über 80 %, die die Lebensbedingungen als mangelhaft empfinden. Im letzten Jahr 1989, das ist hier mit eingegangen, hatte es sich noch einmal verschlechtert, da hatten wir dann einen Wert von 14 % für sehr gut/gut, 40 % für mittelmäßig und 37 % für schlecht. Wobei für diese Lebensbedingungen nicht nur die Konsumversorgung stand, sondern die Gesamtbefindlichkeit der DDR-Bevölkerung.

Selbstverständlich ist die Bewertung sehr stark abhängig gewesen von der Systemidentifikation, also inwieweit man sich als Anhänger des Systems verstand oder als Gegner. Aber die große Masse, also über 80 %, hat entsprechend kritisch reagiert. Als Resultat bleibt festzuhalten, über Jahrzehnte hinweg, und zwar seit Beginn unserer Forschung, haben rund 90 % der DDR-Bevölkerung die besseren Lebensbedingungen in der Bundesrepublik gesehen; dies ist ein Ausdruck der starken Orientierung auf die Bundesrepublik. Lediglich die engen Systemanhänger, die also voll überzeugt waren, fanden zu 40 % die Verhältnisse besser in der DDR. Aber immerhin 20 % selbst dieser überzeugten Gruppe sahen die besseren Verhältnisse in der Bundesrepublik gegeben, 40 % sahen keinen Unterschied zwischen Ost und West. Doch die ganz große Mehrheit war über die Jahrzehnte hinweg voll auf die Bundesrepublik fixiert.

Im Kontext dieser Grundeinstellung wollten bereits Ende der 70er Jahre zwei Drittel der DDR-Bevölkerung lieber in der Bundesrepublik leben. Das gilt auch für die jüngere Generation, wenn auch nicht in ganz so ausgeprägtem Maße. In der Regel haben sich die Einstellungen der Jugendlichen dann mit dem Eintritt ins Berufsleben zugunsten der Bundesrepublik verändert. Lediglich Systemanhänger nahmen davon Abstand und ein Teil der älteren Bevölkerung, der sich einen Wohnortwechsel nicht mehr vorstellen konnte in seinem Alter und sagte, er wolle lieber in der DDR bleiben.

Die DDR-Bürger kannten allerdings die Bundesrepublik nur zum aller kleinsten Teil aus eigener Anschauung. Vor 1986 hatten lediglich 2 % der jüngeren Generation, also der 14 bis 29-jährigen, die Bundesrepublik schon einmal besucht und 18 % der mittleren Generation; Genehmigungen waren damals bekanntlich sehr schwer zu bekommen. Die 50-jährigen und Älteren bildeten das Gros der Besucher Westdeutschlands. Das hat sich dann gebessert Mitte der achtziger Jahre, als die Genehmigungen für Reisen in dringenden Familienangelegenheiten ausgeweitet wurden. Der Anteil steigt dann deutlich an. Gerade bei den Jüngeren hat er sich 1987 deutlich verdoppelt, und in 1988 hatten wir dann schon einen Anteil von 47 % der Gesamtbesucher von Westdeutschland

unter 50 Jahren, 53 % waren über 50 Jahre alt. In absoluten Zahlen: Von den je 2,7 Millionen Besuchern in den Jahren 1987 und 1988 gehörte fast die Hälfte den jüngeren und mittleren Jahrgängen an.

Man hatte mit diesen Besuchen versucht, ein Ventil zu schaffen, weil die Vorstellung bestand, daß nur dieses Eingesperrtsein, die fehlenden Reisemöglichkeiten, den Unmut der DDR-Bevölkerung ausgelöst hätten. Aber die Reisen haben sich dann praktisch kontraproduktiv entwickelt. Mit dem Besuch der Bundesrepublik wurde meistens die vordergründige Sicht der Bundesrepublik als eine Art Schlaraffenland noch verstärkt, und der Anteil derer, die einen Übersiedlungsantrag stellten, stieg massiv. Im Grunde hat sich mit dieser Erweiterung der Besuchsgenehmigungen die Auflösung in der DDR-Bevölkerung deutlich verstärkt.

Wegen der geringen Möglichkeiten zum eigenen Besuch waren die DDR-Bewohner natürlich sehr stark an Informationen über die Bundesrepublik interessiert, einmal über das Fernsehen, das die bevorzugte Informationsquelle wird, und, mit Ausnahme von zwei regional schlecht versorgten Gebieten, die große Masse der DDR-Bürger erreichte; der Hörfunk spielte da eher eine untergeordnete Rolle. Zum anderem aber waren persönliche Kontakte und Erzählungen über das Hörensagen sehr gefragt. Im Vordergrund dieser Informationswünsche standen die persönlichen Lebensbedingungen der Bundesbürger. Man wollte wissen, wie es da im Detail so zugeht, wie die wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeitsbedingungen aussehen. Für politische Fragen interessierte sich eigentlich nur eine Minderheit, und auch kulturelle Fragen sind auf die formal besser gebildeten Schichten beschränkt gewesen. Die Gesamtfixierung auf die Bundesrepublik ging 1973 mit einer starken Überbewertung der Verhältnisse im Detail im Westen einher. Wir haben hier Vergleiche machen lassen, ob bestimmte Verhältnisse eher in der DDR realisiert sind oder eher in der Bundesrepublik, und daraus einen Index gerechnet. Vier Positionen waren Anfang der siebziger Jahre, als die DDR sich im Aufbruch befand, ganz eindeutig Domänen der Bundesrepublik: Ausreichende Versorgung mit Konsumgütern, persönliche Freiheit, leistungsfähige Wirtschaft, Schutz der Umwelt. Auch die wirtschaftliche und die soziale Sicherheit wurden als besser in der Bundesrepublik bewertet. Aussichten auf bessere Lebensbedingungen wurden, trotz der starken Betonung dieses Aspekts in der DDR, ebenfalls eher der Bundesrepublik zugerechnet. Arbeitsbedingungen, Freizeit und Erholung sah man in der Bundesrepublik und in der DDR als ziemlich gleichwertig. Das hat sich dann in der Zwischenzeit von 1973 auf 1989 stark verändert. Es ist praktisch die Einschätzung der Bundesrepublik insgesamt hochgegangen. Vor allen Dingen gilt das für die leistungsfähige Wirtschaft, für die Umwelt, die ja in der DDR wenig Aufmerksamkeit fand, auch für die Freizeitverhältnisse, die deutlich besser beurteilt werden im Westen, ferner die Gesamtaussichten auf bessere Lebensbedingungen, die ganz eindeutig im Vergleich zur Einschätzung in 1973 noch einmal eklatant angestiegen sind. Vorteile in der DDR sah man vor allen Dingen im Schutz vor Kriminalität und im Miteinander der Menschen, die ja doch im sozialen und Gemeinschaftsbereich viel stärker aufeinander an-

gewiesen waren, als das für die Bundesbürger galt. Das Thema Kriminalität im Westen ist sehr stark durch das Fernsehen propagiert worden, angefangen mit der Sendung XY-Unbekannt und diversen anderen Beiträgen, die die Bundesrepublik noch etwas schlimmer zeichneten, als das der Westbürger empfand. Die Furcht vor der Kriminalität sieht inzwischen wieder ganz anders aus, nachdem die neuen Bundesländer hohe Kriminalitätsraten haben. Die Sicherheit der Arbeitsplätze wurde schon 1989 als eindeutiger Vorteil der DDR gewertet, und die Hilfsbereitschaft der Menschen untereinander wurde auch noch stärker hervorgehoben als 1973. Wir haben also, wenn wir das zusammenfassend darstellen, eine vergleichsweise unbedarfte bzw. unkritische Bewertung der in der Bundesrepublik gegebenen Anforderungen und Lebensbedingungen durch die DDR-Bürger, die im Moment der Wende durch das Kanzlerwort von den blühenden Landschaften und daß es künftig keinem schlechter gehen werde als bisher, scheinbar bestätigt wird. Die DDR-Bewohner gehen somit mit Erwartungen in das vereinte Deutschland, die zwangsläufig nicht einlösbar waren. Bereits im Herbst 1990 (wir haben dann sofort mit Direkterhebungen angefangen) zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung hatte sich das schon etwas gewandelt. Zwar hat man nach wie vor Wirtschaft, Lebensstandard, Umweltschutz, persönliche Freiheit und auch das politische System sowie Schutz vor staatlicher Willkür noch als eindeutige Vorteile der Bundesrepublik angesehen, aber bereits bei den beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten hat im Rückblick die DDR aufgeholt, und die soziale Absicherung haben 72 % der Ostdeutschen dann schon als einen besonderen Vorteil der DDR erkannt. Das Miteinander-Umgehen der Menschen, da hat sich nichts geändert, Fürsorge des Staates für den einzelnen, auch das empfand man als eher in der DDR gegeben, Gleichberechtigung von Mann und Frau und Betreuung von Kindern: das waren die großen Zielsetzungen, die ja in der DDR tatsächlich in breitem Maße realisiert worden sind. Auch sie galten 1990 als besondere Vorteile der DDR.

Jetzt möchte ich Ihnen noch einen kurzen Rückblick geben auf die Westdeutschen. Wir hatten schon vorhin Zahlen gehört zu den Reisefrequenzen der Westdeutschen. So hatten im Jahre 1985, aus diesem Jahr habe ich Daten, 64 %, also zwei Drittel der Bundesdeutschen, die DDR noch nie besucht. Das war immerhin vier Jahre vor der Wende. 25 % hatten die DDR besucht, 19 % Berlin. Beides zusammen addiert sich aber lediglich auf 36 %, weil wir da Mehrfachbesuche haben, also sowohl in die DDR als auch nach Ostberlin, die sich dann überschneiden haben. Von diesem guten Drittel waren 15 % nur einmal in der DDR bzw. Ostberlin. Das waren in der Regel Tagesaufenthalte in Ostberlin, wo man also auch nur einen sehr vordergründigen Eindruck erreicht hat, weitere 12 % zwei bis vier Mal. Aber die regelmäßigen DDR-Besucher umfaßten lediglich 9 %, das sind ungefähr 6 Millionen. Das war eigentlich der harte Kern, wobei 61 % Verwandten- und Bekanntenbesucher waren, 35 % als Touristen in die DDR oder nach Ostberlin gefahren sind und nur 4 % aus beruflichen Gründen. Gegengründe, in die DDR zu reisen, waren die Angst vor Schikanen bei Grenzübertritt und Kontrollen, das deprimierende Umfeld in der

DDR, der fehlende Komfort in den Hotels und Übernachtungsstätten; die DDR erschien den Bürgern der Bundesrepublik als nicht sehr attraktiv. Das bestätigt sich auch in einem Sympathiespiegel, für den wir 10 ausgewählte, bewußt unterschiedliche Länder vorgelegt haben, um festzustellen, wie die DDR gesehen wird. An der Spitze standen damals immer die Schweiz – heute ist das vielleicht ein bißchen anders – und Österreich, dann folgten Schweden, Frankreich, die USA. Lediglich hier haben wir eine Diskrepanz zwischen den Leuten, die die DDR schon besucht hatten, und der Gesamtbevölkerung in der Bundesrepublik. England und Jugoslawien stehen noch vor der DDR, und selbst Polen wurde etwas besser bewertet als die DDR. Die DDR-Besucher selber urteilen zwar mit 0,0, also mit einem neutralen Wert, positiver als die Gesamtbevölkerung mit -0,4 %, aber im Grunde steht die DDR an vorletzter Stelle in der Skala. Das sieht etwas anders aus, wenn man in einer Nachfrage, wie wir das getan haben, klärt, ob die Befragten eher an das System gedacht haben bei ihrer Bewertung oder eher an Land und Leute. Das System wird mit -1,6 ganz eklatant abgelehnt, während Land und Leute mit +2,0 deutlich positiver beurteilt werden, aber dennoch mit 2,0 eher einen Mittelplatz einnehmen, das heißt in der Rangfolge wie die USA rangieren hinter Ländern wie Schweiz, Österreich, Schweden und Frankreich. Das Gesamtinteresse an der DDR war bei den Bundesbürgern sehr stark abhängig von aktuellen Ereignissen. In der Regel interessierte sich rund ein Drittel für Themen aus der DDR. Überdurchschnittlich – auf besondere Nachfrage – war das Interesse am Alltagsleben in der DDR, an der politischen Situation und dann auch an Städten und Landschaften. Arbeitsbedingungen und Jugend in der DDR folgten erst an hinterer Stelle, aber immerhin liegen die Werte zwischen 40 und 50 %. Es mußte allerdings dieses Interesse schon geweckt werden. Man sieht sehr deutlich, daß im Vergleich zur Gesamtbevölkerung die DDR-Besucher sich deutlich stärker für diese ganzen Komplexe interessierten. Durch eine aktive Reisepolitik hätte man durchaus die Bindungen der Bundesdeutschen an die DDR fördern können, und das gilt auch noch für heute, denn wir haben auch heute noch einen erheblichen Teil an Bundesbürgern, die die neuen Bundesländer noch nie besucht haben. Die bessere Bewertung auf Grund persönlicher Kontakte ist übrigens typisch auch für andere Länder. Sie finden also grundsätzlich höheres Interesse, wenn der Betreffende das Land schon einmal besucht hat. Und das gilt auch für die vermerkten Informationsdefizite. Sowohl die Bundesdeutschen insgesamt als auch die DDR-Besucher vermerkten über die Zeit hinweg nennenswerte Informationsdefizite, was daran lag, daß auch die westdeutschen Journalisten erschwerten Zugang hatten oder, wenn sie den Zugang hatten zu entsprechenden Informationen, dann nur bedingt frei berichten konnten. Die Realverhältnisse sind somit in den Medien nur sehr bedingt wiedergegeben worden, aber meines Erachtens war auch der Blick der westdeutschen Journalisten etwas rosiger als der der DDR-Bevölkerung selber. Also zusammenfassend: Latentes Interesse der Bundesbürger an der damaligen DDR, aber eine geringe Bereitschaft, die Kenntnisse z. B. durch Reisen zu erweitern, die dann in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ja für jedermann möglich waren. Da gab es auch für Personen ohne Verwandte in der DDR Reisemöglichkeiten, diese

sind nicht entsprechend genutzt worden seitens der Bundesbürger. Selbst 1990, im Herbst 1990, war noch knapp die Hälfte der Bundesbürger noch nie in der DDR gewesen. Aber von den Ostdeutschen waren umgekehrt 97 % schon im Westen gewesen, also da hatten lediglich 3 % – meistens Ältere, die nicht mehr so reisefreudig waren – die Bundesrepublik nicht besucht. Umgekehrt lief das sehr viel langsamer an, und auch die Bereitschaft, in den nächsten 12 Monaten jeweils den anderen Teil Deutschlands zu besuchen, war mit 60 % bei den Ostdeutschen sehr viel stärker ausgeprägt als bei den Westdeutschen. Von denen hat nur ein Fünftel eine entsprechende Absicht geäußert. Der Wert für die Ostdeutschen war 1990 damit dreimal so hoch.

Jetzt noch etwas sehr Wichtiges. Wie haben die Ost- und die Westdeutschen sich gegenseitig gesehen? Hier ein Wert von 1990. Die Westdeutschen sehen die Ostdeutschen als obrigkeitshörig, leicht beeinflußbar, bescheiden, solidarisch, sich selbst hingegen als selbstbewußt, überheblich, demokratisch, fleißig und ehrgeizig. Der Witz ist, daß dieselben Positionen aber auch von den Ostdeutschen so geäußert werden. Sie sehen sich selber ebenfalls als bescheiden, leicht beeinflußbar, obrigkeitshörig, solidarisch, dazu noch politisch engagiert und die Westdeutschen auch als überheblich, selbstbewußt – das fleißig fehlt –, sie halten sie auch für geltungssüchtig, egoistisch und demokratisch. Wie gesagt, beide sehen Ost- und Westdeutsche zwar als unterschiedlich, das aber doch mit erheblicher Übereinstimmung an. Ein anderer Wert zur Grundeinstellung. Bei der Aussage, man sei schon immer der Meinung gewesen, der andere Teil Deutschlands sei Teil eines gemeinsamen Deutschlands, gab es 1990 relativ wenig Unterschiede zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen, 42 oder 40 %, aber ein anderes fremdes Land, das ist bis heute so, das sagen eben nur ein Fünftel der Westdeutschen und ein Sechstel der Ostdeutschen; man geht also davon aus, es kommt zur Verständigung. Allerdings hat die Systemidentifikation der Ostdeutschen in den Jahren zwischen 1990 und 1993 stark nachgelassen. Wir haben hier eine Akzeptanz des bundesdeutschen Systems mit 73 % in 1990 und nur noch 52 % in 1993; im Vergleich dazu der Wert für die westdeutsche Bevölkerung: Es sind 87 %, die, wenn auch zum Teil kritisch, das System bejahen. Und mit dieser veränderten Systemidentifikation geht eine verstärkte positive Akzeptanz des DDR-Systems im Rückblick Hand in Hand. Haben 1990 noch 29 % von sich selber gesagt, sie hätten dem System damals positiv gegenübergestanden, sind das in 1993 schon 43 %, also ein eindeutiges Indiz dafür, daß man jetzt, bei größerer Distanz zum bundesrepublikanischen System, die eigene frühere Einstellung zum DDR-System sehr viel positiver sieht, als das noch zum Zeitpunkt der deutschen Einheit der Fall war. Auch der Kommunismus lebt noch immer als eine gute Idee, die schlecht verwirklicht wurde: Immerhin 71 %, stabile Werte seit 1990. Während 1993 die persönlichen Beziehungen gegenüber der bundesdeutschen Bevölkerung sich weiter verbessert, die Kontakte sich vertieft haben, wird die Distanz zur Politik deutlich größer. 44 % der Westdeutschen, aber mehr als zwei Drittel der Ostdeutschen waren im Jahre 1993 sehr besorgt, daß die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr dazu führt, daß viele Menschen auf der Verlierer-

seite des Lebens stehen. Die Ostdeutschen vermissen, das haben wir 1995 aus einer Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung erfahren, vor allen Dingen Sicherheit, soziale Fürsorge und entsprechende demokratische Rahmenbedingungen für diese Forderungen, während die Freiheitsrechte, die persönliche Freiheit nach wie vor für die Ostdeutschen eine nicht so wichtige Rolle spielen wie für die Westdeutschen. Diese ganze Entwicklung, diese Politikverdrossenheit, diese Distanz zum bundesdeutschen Politiksystem hat sich seither ständig in der Tendenz verstärkt. Das ist eine ernstzunehmende Entwicklung. Damit möchte ich schließen und bedanke mich für Ihr Interesse.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Frau Köhler für die Präsentation Ihrer Daten, die sich als eine gute Ergänzung zu den Ausführungen von Herrn Thomas verstehen lassen. Wir können diese als eine Grundlage für die gleich nun einsetzende Diskussion nutzen.

Ich hatte, meine Damen und Herren, darauf hingewiesen, daß ich einige wenige Bemerkungen zu dem Ablauf der heutigen Tagung machen möchte, einfach deshalb, weil das äußerst komplizierte und schwierige Thema der gegenseitigen Wahrnehmung natürlich auch von uns nur, aus verständlichen Gründen, selektiv behandelt und vorgetragen werden kann. Wahrnehmung ist und bleibt immer eine Selektion, weil wir die Komplexität des Politischen gar nicht voll erfassen können. Und gerade bei dieser Auswahl werden natürlich auch gewisse Schwachpunkte deutlich, daß bestimmte, ganz wesentliche Aspekte der gegenseitigen Wahrnehmungen hier gar nicht behandeln werden können. Zum Teil haben wir das allerdings schon in unserem ersten Bericht mit aufgenommen. Manches davon wird im zweiten noch zu berücksichtigen sein. Ich denke vor allen Dingen an das unsere Politik weit überschattende Problem der gegenseitigen Bedrohungen. Ein Phänomen, das bis in die Gegenwart hinein noch eine Rolle spielt, wenn ich an die Situation NATO-Öffnung nach Osten denke usw. Das kann hier gar nicht weiter vertieft werden. Das wäre ein solches Problem, und ich glaube, wir sollten uns im Zusammenhang mit den Wahrnehmungen im klaren darüber werden, daß gerade bei der gegenseitigen Wahrnehmung der beiden deutschen Staaten zunächst der grundsätzliche Unterschied darin besteht, daß wir es auf der einen Seite mit einer stark ausgeprägten nationalstaatlichen Betrachtungsweise zu tun gehabt haben und das vor den Hintergrund einer Demokratie im Bündnis, also pluralistisch unter Einbeziehung auch der Gesichtspunkte unserer Verbündeten. Auf der anderen Seite ein sehr stark ausgeprägtes monistisches Deutungsmuster, Resultante der ideologischen Perspektive, die zumindest auch bei Herrn Thomas immer wieder anklang. Bei den Wahrnehmungen sollte man generell vielleicht doch auch berücksichtigen, daß wir in der Bewertung sehr sehr vorsichtig sein müssen. Wenn man an bestimmte Publikationen der letzten Jahre erinnert, bei denen Überschriften im Hinblick auf Wahrnehmungsmuster der Vergangenheit u. a. lauten: „Galerie“ der entsprechend „Blamierten“ oder die „Lebenslüge der Bundesrepublik Deutschland“, da würde ich dringend davor warnen, so leicht-